

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1

MÜNCHEN, DONNERSTAG, 21. APRIL 2022

78. JAHRGANG / 16. WOCHE / NR. 91 / 3,50 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Die Welt ist voller Idioten. Mit dieser geläufigen Weisheit verhält es sich wie mit dem Paradoxon des Epimenides, der gesagt haben soll, dass alle Kreter Lügner seien, und selber einer war. In ähnlicher Weise wäre jeder, der sagt, die Welt sei voller Idioten, selber einer, weswegen denn auch manche zu der etwas listigeren Formulierung greifen, sie seien von Idioten umzingelt. So oder so haben wir es mit „gefühlten“ Wahrheiten zu tun, die nur unzulänglich „belastbar“ sind. Als Joseph Hazzai vor gut 200 Jahren seine „Statistischen Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern“ herausbrachte, tat er das unter Verwendung des Gütesiegels „Aus ächten Quellen geschöpft“. Für die Idiotenstatistik gab es bisher kaum ächte Quellen. Umso willkommener ist nun die Aussage des russischen Oligarchen Oleg Tinkow, der sagte, dass in Russland nur eine Minderheit den Krieg Putins unterstütze, und daraus den allgemeinen Lehrsatz ableitete: „Aber zehn Prozent jedes Landes sind Idioten.“

Für Deutschland hiefie das, bei aktuell 83,7 Millionen Einwohnern, dass wir rund acht Millionen Idioten haben. Hierbei ist natürlich ein insofern gewaltiges statistisches Dunkelfeld zu berücksichtigen, als der „Idiot“ per se nur sehr schwer zu definieren ist. Es sind in aller Regel externe und sehr subjektive Kriterien, die auf ihn angewendet werden. Hinzu kommt die Aufspaltung der Spezies in Super-, Voll- und Halbidioten und die mangelhafte Abgrenzung zu den mutmaßlich eng verwandten Arten Depp, Trottel, Schwachkopf, Dumpfbacke, Einfaltspinsel oder Knallkopf. Es ist dies ein begrifflicher Wildwuchs, der zwar nicht ohne einen gewissen rauen Charme ist, mit dem aber andere statistische Aufschlüsse nicht zu kämpfen haben. Linkshänder zum Beispiel sind Mitglieder einer Bevölkerungsgruppe, die sich von denen der Rechtshändergruppe durch ihre spezielle Art der „Händigkeit“ leicht abgrenzen lassen, was zu einer Quote von 10,6 Prozent Linkshändern führt. Dummerweise deckt sich dieses Ergebnis fast genau mit den von Oleg Tinkow präsentierten zehn Prozent Idioten, aber die Linkshänder sind es ja von früher her gewohnt, dass auf jeden von ihnen mindestens ein Idiot traf, der die „schöne“ rechte Hand gegen ihre Linke ausspielte.

Was Statistiken ungemein adelt, ist die Gauß'sche Glockenkurve, die ohne großen wissenschaftlichen Anspruch auch für die Verteilung der Idioten in Anspruch zu nehmen ausläuft. Da das Leben aber auch hier ausgewogen sein sollte, wären gegenüber den Idioten die Genies zu lokalisieren, und zwar, der irdischen Gerechtigkeit halber, ebenfalls zehn Prozent. Ein Optimist würde sagen: Die Welt ist voller Genies.

HEUTE

Die Seite Drei

Weizen wächst genug in der Ukraine. Aber seit Krieg ist, kriegen die Bauern ihn nicht mehr los 3

Meinung

Wieso der Glaube junger Erwachsener an eine Politik ohne militärische Gewalt naiv ist 4

Politik



Boris Johnson gelingt es nicht so recht, Partygate hinter sich zu lassen 6

Wissen

Karl Lauterbach warnt vor einer Corona-Killervariante und wird dafür kritisiert. Zu Recht? 14

Wirtschaft

Bei einer Hamburger Firma dürfen die Angestellten entscheiden, wie viel sie freinehmen 18

Medien, TV-/Radioprogramm 15, 16
München · Bayern 28
Rätsel 15
Traueranzeigen 10



4 190655 803500



Auf der Asche

Drei Monate lang tobte der Vulkan auf La Palma. Nun wandern die ersten Besucher durch eine neu entstandene Welt. Sie ist faszinierend und schockierend zugleich

> Reise

FOTO: EMILIO MORENATI/AP

Kritik an Scholz reißt nicht ab

Politiker aus den Ampelparteien werfen dem Kanzler Zögerlichkeit vor und fordern, die Ukraine schneller mit Waffen zu versorgen. Außenministerin Baerbock aber hält dies nicht für möglich

VON ROBERT ROSSMANN

Berlin – Die Kritik am Umgang der Bundesregierung mit Waffenlieferungen hört nicht auf. Deutschland müsse der Ukraine „mehr helfen, als wir es gegenwärtig tun“, forderte CDU-Chef Friedrich Merz. Er erkläre sich das zurückhaltende Vorgehen des Bundeskanzlers damit, dass es in der SPD-Fraktion „massiven Widerstand“ gegen Waffenlieferungen aus der Bundeswehr heraus gebe. Olaf Scholz weiche „diesem Thema aus, weil er Angst davor hat, dass in seiner eigenen Fraktion offener Widerspruch dagegen geäußert wird“, sagte Merz dem NDR.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, kritisierte das Verhalten der Bundesregierung als unzureichend. Er traf sich am Mittwoch mit SPD-

Chefin Saskia Esken, um über die Differenzen zu reden. Auch aus den Parteien der Ampelkoalition gab es Kritik. Der frühere Grünen-Chef und heutige Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer beklagte, in Brüssel würde niemand „den Kurs der Zögerlichkeit, den Olaf Scholz gegenüber der notwendigen Waffenhilfe für die Ukraine fährt“, verstehen. Statt das Bundesverteidigungsministerium und die Bundeswehr zu verpflichten, der Ukraine aktiv zu helfen, stelle der Kanzler der Ukraine Geld zur Verfügung, „damit sie bilateral bei deutschen Rüstungsunternehmen einkaufen kann“. Das dauere „aber länger und wird teurer“.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), kritisierte die Behauptung des Kanzlers, seine Regierung verhalte sich nicht anders als die Partnerstaaten.

Die Aussage, „dass man sich in der Welt umschauen solle, es würden alle wie Deutschland machen, ist in der Sache nicht korrekt“, erklärte Strack-Zimmermann. „Wir laufen noch zu sehr hinterher.“

Der Vorsitzende des Europa-Ausschusses und ehemalige Fraktionschef der Grünen, Anton Hofreiter, beklagte, dass Deutschland bei Sanktionen und Waffenlieferungen immer noch bremse. Je näher Wladimir Putin einem Sieg komme, „desto größer ist die Gefahr, dass sich der Krieg ausweitet, dass weitere Länder überfallen werden und dass wir in einen de facto dritten Weltkrieg rutschen“, sagte Hofreiter dem ZDF. „Und deswegen müssen wir jetzt alles tun, die Ukraine zu unterstützen.“

Scholz hatte am Dienstagabend bei einem Auftritt im Kanzleramt der Ukraine zugesagt, direkte Rüstungslieferungen

der deutschen Industrie zu finanzieren, konkrete Aussagen zum Thema schwere Waffen aber weiterhin vermieden.

Am Mittwoch verteidigte die Regierung diesen Kurs. „Die Bundeswehr hat alles geliefert, was sie entbehren kann“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. Deshalb müsse man andere Wege etwa über die Finanzierung von Käufen bei der Rüstungsindustrie gehen. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sagte bei einem Besuch in Lettland, kurzfristig sei „bei uns nichts vorhanden, was wir jetzt wirklich schnell und unverzüglich liefern können“. Daher sei mit den Nato- und G-7-Partnern ein „Ringtausch“ vereinbart worden: Partner, die schnell Waffen sowjetischer Bauart an die Ukraine liefern könnten, erhielten von Deutschland dafür später Ersatz.

> Seiten 2, 4

Der zerschnittene Park

München streitet über die Zukunft des Englischen Gartens

mann Grub: Ein an der Oberfläche üppig bepflanzter Tunnel sollte die so jäh in die Landschaft geschlagene Wunde zumindest teilweise heilen.

Die beiden warben eifrig für das Projekt, sammelten Millionen an Spenden ein, überzeugten die CSU-geführte Staatsregierung und den damals schwarz-rot dominierten Stadtrat, der sich 2017 einstimmig für das Projekt aussprach. Alles schien auf einem guten Weg zu sein: Die Stadt zeichnete die Initiatoren mit einer Verdienstmedaille aus, die Bundesregierung spendierte 2,7 Millionen Euro für die Planung. Und selbst Altbürgermeister Hans-Jochen Vogel, in dessen Amtszeit der Mittlere Ring gebaut worden war, reihte sich bei den Befürwortern ein.

Doch nun steht das nach damaliger Schätzung 125 Millionen Euro teure Projekt auf der Kippe. Am heftigsten stemmen sich die Grünen als inzwischen stärkste Fraktion im Stadtrat gegen den Tunnel – und begründen das ausgerechnet mit dem Klimaschutz. Denn für die Baustelle müssten etwa 900 große Bäume gefällt werden, so hat es die Baubehörde ausgerechnet. Dazu komme der CO₂-Ausstoß durch die Herstellung und den Transport von Beton. Die SPD zieht als kleinerer Koalitionspartner mit, auch SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter lehnt den Tunnel inzwischen ab.

Die Initiatoren und auch die CSU kritisieren, dass die Baubehörde nicht erklärt, wie sie zu ihren Zahlen gekommen ist.

Nach der vertieften Studie eines Planungsbüros und Berechnungen der Initiatoren müssten nicht einmal halb so viele Bäume weichen. Einige Befürworter vermuten hinter der Entscheidung politisches Kalkül, weil Tunnel teuer sind und Grün-Rot lieber den Autoverkehr reduzieren möchte. Die Koalition hat deshalb noch drei weitere Tunnelprojekte beedigt – an Orten, an denen viele Anwohner davon profitiert hätten. Würde die Stadt eine Röhre durch einen unbewohnten Park bauen, käme sie wohl in Erklärungsnot.

Die Initiatoren lassen indes nicht locker und bereiten nun eine Petition vor. Unterstützung ist ihnen gewiss: Die meisten Lokalpolitiker des Stadtteils Schwabing, in dem der Englische Garten zum Teil liegt, stehen hinter ihnen. Und die meisten Münchner wohl auch – bei einer Infratest-Umfrage vor neun Jahren hatten sich 83 Prozent für den Tunnel ausgesprochen. ANDREAS SCHUBERT

Linke verliert Parteichefin

Nach Sexismus-Vorwürfen in einem Landesverband fordert Susanne Hennig-Wellsow eine Erneuerung und zieht sich zurück

Berlin – Susanne Hennig-Wellsow, die Vorsitzende der Linkspartei, ist am Mittwoch zurückgetreten. Die Partei benötige „eine programmatische, strategische und kulturelle Erneuerung“, schrieb sie in einer persönlichen Erklärung. Es sei Zeit für „neue Gesichter“. Erst im Februar 2021 hatte Hennig-Wellsow mit Janine Wissler die Führung der Linkspartei übernommen, sie lösten das langjährige Führungsduo Katja Kipping und Bernd Riexinger ab.

Doch die Linkspartei kämpft seither mit Problemen: Sie schnitt schwach bei der Bundestagswahl ab, es gab Streit über Putin-Sympathisanten in den eigenen Reihen, dann der Absturz bei der Landtagswahl im Saarland und jetzt der Sexismus-Skandal im hessischen Landesverband. Hennig-Wellsow nannte zudem familiäre

Gründe für diesen Schritt, sie ist Mutter eines achtjährigen Sohnes. „Die vergangenen Monate waren eine der schwierigsten Phasen in der Geschichte unserer Partei“, erklärte Hennig-Wellsow. „Wir haben zu wenig von dem geliefert, was wir versprochen haben. Ein wirklicher Neuanfang ist ausgeblieben.“ Dabei räumt sie eigene Versäumnisse ein, ohne konkret zu werden: „Ich weiß um die vermeidbaren Fehler, die ich selbst gemacht habe.“

Am Mittwochabend wollte sich der Parteivorstand zu einer Krisensitzung zusammenschalten, um über Sexismus-Vorwürfe zu beraten. Vergangene Woche hatte der Spiegel über mutmaßliche sexuelle Übergriffe im hessischen Landesverband berichtet. Dokumente und Aussagen von Betroffenen lieferten demnach „Hinweise

auf mutmaßliche Grenzüberschreitungen, Machtmissbrauch und eine toxische Machokultur“, auch gegenüber Minderjährigen. Co-Chefin Janine Wissler war zu der Zeit Fraktionsvorsitzende in Hessen. Vorwürfe, sie sei zu lange untätig geblieben oder habe Täter aus den eigenen Reihen geschützt, wies sie zurück. „Ich habe sofort gehandelt, als mir derartige Vorwürfe bekannt wurden“, teilte Wissler mit. Sie äußerte sich am Mittwoch zunächst nicht zum Rücktritt ihrer Co-Chefin. Von Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler kam der Vorschlag, beim Parteitag im Juni einen neuen Vorstand zu wählen.

In der Partei hatte keiner mit personellen Konsequenzen gerechnet, insofern kam der Rücktritt von Hennig-Wellsow überraschend. Sie entschuldigte sich bei

den Betroffenen. Der Umgang mit Sexismus in den eigenen Reihen habe „eklatante Defizite“ offengelegt. Bevor sie im vergangenen Jahr in den Bundestag gewählt wurde, war Hennig-Wellsow 17 Jahre lang Abgeordnete in Thüringen, seit 2014 auch Fraktionsvorsitzende. Dort sorgte sie für Schlagzeilen, als sie aus Protest dem mit den Stimmen der AfD gewählten FDP-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich einen Blumenstrauß vor die Füße warf. Nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden hofften viele Mitglieder auf einen ähnlich klaren Kurs innerhalb der Partei. Nach einem Jahr stellte Hennig-Wellsow fest: „Das Versprechen, Teil eines Politikwechsels nach vorn zu sein, konnten wir aufgrund eigener Schwäche nicht einlösen.“ MORITZ BAUMANN, PHILIPP SAUL > Seite 4

Neuer Streit über Neun-Euro-Ticket

Länder kritisieren enorme Planungsdefizite des Bundes

Berlin – Wenige Wochen vor dem Start der größten Rabattaktion aller Zeiten im Nahverkehr wird heftige Kritik an der Planung des Bundes laut. „Wer verkündet, muss auch liefern“, sagte Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) der Süddeutschen Zeitung. Schon von Juni an sollen die Deutschen eigentlich drei Monate lang für monatlich neun Euro den Nahverkehr nutzen können. Noch immer aber seien zentrale Fragen offen, sagt der Minister. Ungeklärt sei etwa, ob die Tickets regional oder bundesweit gelten sollten und wer mögliche Zusatzkosten für ein größeres Angebot an Bussen und Bahnen trage. Bernreiter fordert eine rasche Klärung und warnt: „Sonst wird es mit dem Start des Tickets zum 1. Juni schwierig.“ Am Donnerstag soll eine Arbeitsgruppe nach Lösungen suchen. MBAL > Seite 7

KfW beendet Förderung von Neubauten wieder

München – Die staatliche KfW-Bank hat erneut einen Antragsstopp verhängt. Nur wenige Stunden lang konnten Bauherren am Mittwoch geförderte Kredite für besonders klimafreundliche Neubauten beantragen, dann waren die zusätzlichen Mittel von einer Milliarde Euro verteilt. Eigentlich hatte der Bund mit dem Geld bis Ende des Jahres Anträge ermöglichen wollen. Bereits im Januar war wegen eines Runns auf KfW-Kredite ein Förderstopp verhängt worden. sz > Wirtschaft

Mehr als fünf Millionen Kriegsflüchtlinge

Genf – Die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR die Marke von fünf Millionen überschritten. Die Organisation gab am Mittwoch in Genf bekannt, dass 5 034 439 Menschen die Grenzen überquert hätten. 2,8 Millionen Menschen flüchtete zuerst nach Polen. DPA > Seite 5

Netflix-Aktie bricht ein

New York – Der Aktienkurs des Streaming-Dienstes Netflix ist am Mittwoch bei Eröffnung der New Yorker Börse stark eingebrochen. Das Unternehmen hatte am Dienstag nach US-Börsenschluss berichtet, dass die Zahl der Bezahlabos im vergangenen Quartal um 200 000 zurückgegangen sei. Es ist der erste Kundenrückgang seit mehr als zehn Jahren. DPA > Wirtschaft

Xavier Naidoo bittet um Entschuldigung

Berlin – Der Sänger Xavier Naidoo hat in einem Video auf Youtube um Entschuldigung für sein Verhalten in den vergangenen Jahren gebeten. Er war mit sogenannten Reichsbürgern aufgetreten und hatte Lügen über Corona verbreitet. Er sei von Verschwörungserzählungen „geblendet“ gewesen und habe sich „zum Teil instrumentalisiert“ lassen. DPA > Feuilleton

Dax ▲	Dow ▲	Euro ▲
Xetra 17 Uhr 14348 Punkte + 1,38%	N.Y. 17 Uhr 35206 Punkte + 0,85%	17 Uhr 1,0846 US-\$ + 0,0060

DAS WETTER

TAGES 19° / 1° NACHTS

Im Nordwesten und Süden ist es neben harmlosen Wolkenfeldern zeitweise sonnig und es bleibt trocken. Sonst ist es wechselnd bis stark bewölkt, es regnet aber nur gelegentlich. Tageshöchstwerte: sechs bis 19 Grad. > Seite 14

SZ Die SZ gibt es als App für Tablet- und Smartphone: sz.de/zeitungapp

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/2183-80 80, www.sz.de/abo
A, B, F, GR, I, L, N, SLO, C, E, 370; dr: 29; kn 30; SP: 490